

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	<b>Bau- und Verkehrsausschuss</b>
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 20.02.2013
Sitzung Nummer:	25 ( BVA/25/2013)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:35 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Havelberg"

---

Gerd Schlaak  
Vorsitzender

---

Anke Adermann  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Gerd Schlaak

#### Mitglieder

Herr Arnold Bausemer

Herr Herbert Luksch

Frau Christine Paschke

Herr Bernd Prange

#### beratende Mitglieder

Herr Ernst Jesse

#### Stellvertreter

Herr Waldemar Schreiber

Herr Dr. Volker Stephan

Vertretung für Herrn Hardy Peter Güssau

Vertretung für Herrn Tilman Tögel

#### sachkundige Einwohner

Herr Christian Isensee

Herr Hans-Jürgen Kober

Herr Klaus-Dieter Weiß

#### Protokollführer

Frau Anke Adermann

#### von der Verwaltung

Frau Annemarie Theil

Frau Elisabeth Glöß

Herr Thomas Müller

Frau Gudrun Stannull

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Hardy Peter Güssau

Herr Tilman Tögel

entschuldigt

#### sachkundige Einwohner

Herr Axel Achilles

Herr Volker Düsing

Herr Hans-Joachim Wiesicke

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
  - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
  - 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung vom 21.11.2012
  - 4 Geplante ÖPNV-Investitionen 2013  
Vorlage: 419/2013
  - 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen  
Vorlage: 415/2012
  - 6 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes "Regionale Planungsgemeinschaft Altmark"  
Vorlage: 417/2013
  - 7 Vorberatung der Prioritätenliste zur Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben nach dem Entflechtungsgesetz (EntflechtG) für die Jahre 2014 - 2018  
Vorlage: 427/2013
  - 8 Anfragen und Hinweise
- 

**Protokoll**

**zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Fachausschusses Bau und Verkehr, Herr Schlaak, eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Presse.

**zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung**

Herr Schlaak stellt die ordnungsgemäße Ladung zur 25. Ausschusssitzung fest.

Die Einladung mit der Tagesordnung wurde allen Mitgliedern des Bau- und Verkehrsausschusses fristgemäß zugesandt.

Der Bau- und Verkehrsausschuss ist beschlussfähig (es sind 7 Mitglieder + 1 beratendes Mitglied des Bau- und Verkehrsausschusses anwesend – siehe Anwesenheit Seite 1).

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

**zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 24. Sitzung vom 21.11.2012**

Nachdem es seitens der Ausschussmitglieder keine Ergänzungen, Hinweise und Änderungswünsche gibt, erklärt Herr Schlaak die Niederschrift der 24. Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 21.11.2012 für genehmigt.

**zu TOP 4 Geplante ÖPNV-Investitionen 2013**  
**Vorlage: 419/2013**

Herr Ulbrich gibt kurze Erläuterungen zur Mitteilungsvorlage.

Im Jahr 2012 wurden alle Vorhaben abgeschlossen, außer die Maßnahme an der Sekundarschule Tangerhütte und der Wetterschutz in Hindenburg. Der Umbau der Haltestelle an der Sekundarschule Tangerhütte erstreckt sich über 2 Jahre. Die Baumaßnahmen am Wetterschutz in Hindenburg konnten aufgrund schlechter Witterung noch nicht beendet werden. Sobald die Witterung es zulässt, wird die Maßnahme fortgeführt.

Im Jahr 2013 sollen in der Stadt Stendal die Haltestellenschilder erneuert werden. Die Schilder sind Eigentum des Landkreises, daher finanzieren wir einen kleinen Teil mit. Den Großteil der Kosten trägt „stendalbus“. Allerdings ist dieses Vorhaben nicht im Jahr 2013 zu schaffen.

Frau Paschke fragt, wie die Verfahrensweise bei der Beantragung ist. Sie gibt an, dass es wohl Schwierigkeiten mit einer überdachten Haltestelle an der Sekundarschule Brunsberg in Tangermünde gibt.

Herr Ulbrich erklärt, dass die Stadt Tangermünde beim Landkreis einen Antrag stellen muss. Danach wird die Maßnahme auf die Prioritätenliste getragen. Die Maßnahme war schon einmal auf der Liste, aber wegen fehlender Eigenmittel konnte die Maßnahme nicht durchgeführt werden.

Herr Prange verbessert einen Fehler auf der Liste 2012. Es heißt nicht Verbandsgemeinde Seehausen sondern Hansestadt Seehausen.

*zur Kenntnis genommen*

**zu TOP 5 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen**  
**Vorlage: 415/2012**

Herr Schlaak erklärt, dass jeder Amtsleiter separat zu seinem Verantwortungsbereich Ausführungen tätigen wird.

Frau Theil gibt einführend einige allgemeine Informationen zum Haushaltsplan 2013. Es ist der erste Haushalt des Landkreises, der nach dem neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen aufgestellt wurde. Er beinhaltet den Ergebnisplan, den Finanzplan und die Bilanz. Die Eröffnungsbilanz wird jedoch voraussichtlich erst zum 01.07. des Jahres erstellt sein.

Der Haushaltsplan ist in 11 Teilhaushalte gegliedert, über die 103 Produkte abgebildet sind.

Mit der Einbringung des Haushaltes durch Herr Wulfänger am 24.01.2013 in den Kreistag wurde noch ein Verlust von 3,988 Mio. EUR ausgewiesen. Um diesen zu reduzieren, wurde jeder Bereich noch einmal kritisch bewertet, sodass jetzt nur noch ein Fehlbetrag von ca. 1,9 Mio. EUR steht.

Allein aus den Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) resultiert, dass unser Landkreis für das Jahr 2013 ca. 2,1 Mio EUR geringere Zuweisungen erhält. Dadurch haben wir einen höheren Fehlbetrag als mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept 2012 erwartet. Allerdings ist weiterhin das Ziel, im Jahr 2017 den Haushaltsausgleich zu erreichen. Im Gegensatz zur ursprünglichen Planung ist jedoch eine Kreditaufnahme für das Haushaltsjahr 2013 von ca. 2,6 Mio EUR für Schulbaumaßnahmen vorgesehen. Die Tilgung der Altkredite liegt etwas über der neuen Kreditaufnahme, so dass es keine Netto-Neuverschuldung geben wird.

**Sachgebiet Straßenbau**

Herr Müller erläutert den Haushalt für seinen Bereich. Im Sachgebiet Straßenbau gibt es 2 Produkte, zum einen das Produkt „Kreisstraßen“ und zum anderen das Produkt „Radwege“. Im Produkt „Kreisstraßen“ sind der Ergebnisplan und der Finanzplan deckungsgleich. Ausnahme hierbei sind die Abschreibungen. Im Produkt „Radwege“ sind auch der Ergebnis- und Finanzplan deckungsgleich. Hier gibt es aber keine Abschreibungen, da die Radwege zumeist auf anderen Flächen (der Gemeinden, auf Deichen usw.) liegen und somit nicht im Eigentum

des Landkreises sind. Die Haushaltsansätze sind in etwa von der Höhe her wie die in den vergangenen Jahren. Bei der Liste „Investitionstätigkeit 2013“ sind die Einzahlungen aus dem Entflechtungsgesetz und die dazugehörigen Auszahlungen erfasst. Der Eigenanteil für die Maßnahmen nach dem Entflechtungsgesetz betragen ungefähr ca. 485.000 EUR.

Herr Prange erklärt, dass der Landkreis vor Jahren die Straße in Losse schon einmal planen ließ, aber die Straße ist seit Jahren nicht mehr in den Prioritätenlisten zu finden.

Herr Müller bestätigt dies. Die Bauabsicht bestand vor 2001/2002. Danach befand sich der Landkreis in einer schwierigen Haushaltslage. Andere Straßenbaumaßnahmen mussten der in Losse vorgezogen werden, da diese in bedeutend schlechterem Zustand waren.

Herr Prange bekräftigt nochmals, dass die K 1015 aufgrund des Autobahnbaus spätestens auf die Prioritätenliste 2018/2019 kommen muss.

Herr Müller erklärt allerdings, dass ein anderes Vorhaben dann von der Liste genommen werden müsste.

### **Regiebetrieb**

Die Übersicht über den Haushaltsplan 2013 für den Bereich „Regiebetrieb Gebäude“ ist als Anlage beigefügt.

Frau Stannull erläutert:

Im Regiebetrieb gibt es viele Produkte, z.B. hat das Produkt „Regiebetrieb Gebäude“ 63 Liegenschaften. Im Investitionsprogramm 2013 sind die Mittel für die Schulbauten eingestellt, die entweder fortgeführt oder abgeschlossen werden.

Die Baumaßnahmen des Schulzentrums Havelberg und der Sekundarschule Osterburg werden in diesem Jahr abgeschlossen.

Herr Schlaak fragt, ob wir uns noch in den geplanten Haushaltsansätzen für diese Maßnahmen bewegen.

Frau Stannull antwortet, dass wir in Havelberg voll im Plan sind.

Herr Schlaak hinterfragt, ob sich die Betriebsausgaben erhöht haben.

Frau Stannull bestätigt dies. 55.700 EUR Mehraufwendungen sind aufgrund von Mindestlohnsteigerungen bei Reinigungsleistungen und dem Wachschatz entstanden. Außerdem steigen die Energiepreise stetig weiter. Daher steigen auch die Energiekosten, obwohl der Energieverbrauch gesenkt werden konnte.

### **Straßenverkehrsamt**

Frau Glöß erklärt, dass das Straßenverkehrsamt mehr ausgibt als es einnimmt. Im Straßenverkehrsamt werden auch keine Investitionen getätigt. Einzige Stellschraube wären die Personalaufwendungen. Im Jahr 2014 gehen noch 2 Mitarbeiter in Altersteilzeit. Aufgrund der Fallzahlen kann man aber auch keine Stellen reduzieren.

### **Bauordnungsamt**

Frau Theil informiert die Mitglieder über den Haushalt des Bauordnungsamtes anstelle von Herrn Michaelis, da er dienstlich verhindert ist.

Im Bauordnungsamt gibt es 4 Produkte: Wohnungsbauförderung, Denkmalschutz und -pflege, Regionalplanung und Bauaufsicht.

Die Verwaltungsgebühreneinnahmen für bauaufsichtliche Tätigkeiten wurden von ursprünglich geplanten 650.000 EUR auf 1 Mio. EUR durch die Kämmerei aufgestockt. Dabei wurde sich an den Einnahmen im vergangenen Jahr orientiert. Ein großer Teil der Einzahlungen ist auf die Errichtung von Windkraftanlagen zurück-

zuführen. Genehmigungsbehörde dafür ist aber die untere Immissionsschutzbehörde. . Es ist schwer zu prognostizieren, ob die Höhe der Einnahmen in diesem im Bereich wieder erreicht werden können.

Die Möglichkeit besteht, hängt jedoch von eingereichten Anträgen, der Bearbeitungsdauer und den Genehmigungszeiträumen ab.

Für Kosten der Ersatzvornahme sind in diesem Jahr 55.000 EUR eingestellt. Dabei geht es um „Schrottimobilien“, von denen Gefahren ausgehen und für die kein Eigentümer zu ermitteln ist bzw. dieser nicht in der Lage ist, momentan zu handeln.

Ob die eingestellte Summe ausreicht, kann momentan nicht vorhergesagt werden, da solche Vorgänge von Jahr zu Jahr zunehmen.

Frau Paschke erfragt nähere Details zu den betroffenen Immobilien.

Frau Theil erklärt, dass Sie dazu Angaben nur im nichtöffentlichen Teil machen könnte.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 6 4. Satzung zur Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes "Regionale Planungsgemeinschaft Altmark"  
Vorlage: 417/2013**

Frau Theil erläutert zunächst die Beschlussvorlage.

Herr Luksch fragt, warum dies so entschieden wurde.

Frau Theil erklärt, dass so bestimmte Entscheidungen schneller und flexibler getroffen werden können. Es muss somit nicht jedes Mal ein Termin für die Regionalversammlung anberaumt werden.

Herr Dr. Stephan ist erstaunt, dass die Wertgrenze unter Punkt 14 um 175.000 EUR erhöht wurde.

Frau Theil erklärt, dass sie dieses momentan nicht umfänglich beantworten könnte und diese offene Frage zur Beantwortung in den Kreistag mitgenommen wird.

Der Beschlussvorlage wird unter diesen Einschränkungen einstimmig zugestimmt.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 7 Vorberatung der Prioritätenliste zur Förderung kommunaler Straßenbauvorhaben nach dem Entflechtungsgesetz (EntflechtG) für die Jahre 2014 - 2018  
Vorlage: 427/2013**

Herr Müller erklärt, dass es zwar noch kein neues Entflechtungsgesetz gibt, Ihnen aber empfohlen wurde eine Liste zu erstellen. Er erläutert die Beschlussvorlage.

Herr Schlaak äußert, dass die Liste nicht sehr verständlich ist. So wird es den anderen Mitgliedern wohl auch gehen. Die Mitglieder bestätigen dies.

Frau Theil gibt zur Kenntnis, dass die Gestaltung der Liste nicht ganz einfach war.

Sie sollte jedoch den Überblick geben, welche Maßnahmen des Landkreises und der Gemeinden für den Zeitraum 2014 bis 2018 gemeldet werden.

Die Verwaltung könnte neue Listen in anderer Form erstellen, die in Jahresscheiben gegliedert und nach Prioritäten aufgereiht sind.

Frau Paschke fügt hinzu, dass es auch schön wäre, wenn man die Bauabschnitte erkennt, wie z.B. bei der K 1070, Zufahrt IGPA.

Herr Müller antwort, dass es sich hierbei nur um einen Bauabschnitt handelt.

Herr Dr. Stephan meint, dass die Liste einen roten Faden hat und man daher seiner Meinung nach heute darüber abstimmen kann.

Der Beschlussvorlage wird für das Jahr 2014 einstimmig zugestimmt.

Herr Schreiber ist durch einen Zeitungsartikel aufgeschreckt worden. In diesem Artikel wurde über den baulichen Zustand der Bahnhofstraße in Bismark berichtet. Er war überrascht, dass dies eine Kreisstraße ist. Er wurde vom Hauptausschuss der Einheitsgemeinde Bismark beauftragt, nachzufragen, wie man in die Prioritätenliste kommt. Er bekäme ständig Anrufe von Anliegern. Nachdem er sich die Straße angeschaut hat, ist er nun der Meinung, dass dort Gefahr im Verzug ist. Für Motorradfahrer könnte es sehr gefährlich werden. Er hätte den Vorschlag, den Bau der K 1469 Demker/Demker Bahnhof (freie Strecke) nach hinten zu verschieben. Diese Maßnahme ist aber erst für 2016 geplant. Den Zustand der Bahnhofstraße in Bismark bis 2016 so zu lassen, wäre unhaltbar. Die Maßnahme muss schnellstmöglich in die Prioritätenliste aufgenommen und als Übergangslösung schnellstmöglich ausgebessert werden.

Frau Theil erklärt, dass der Landkreis mit dieser Maßnahme nicht allein „im Boot“ ist. Die Stadt Bismark müsste die Nebenanlagen mit bauen. Problematisch ist dabei die Entwässerung der Grundstücke. Mit der Stadt Bismark ist dieses Problem im Jahr 2010 mehrfach besprochen worden. Veranlassung waren die Starkniederschläge im Mai 2010, als einige Keller von Anwohnern der Bahnhofstraße vollliefen. Im Jahr 2011 ist diese Maßnahme jedoch nicht weiter verfolgt worden, da durch die Stadt Bismark Brandschutzmaßnahmen für Grundschulen und Kita im Vordergrund standen und Haushaltsmittel für Planungen (Entwässerung Bahnhofstraße) nicht zur Verfügung standen.

Herr Müller ergänzt, dass sich der Zustand der Straße in diesem Winter nochmals extrem verschlechtert hat aufgrund der Verkehrsbelegung durch Schwerlasttransporter.

Herr Schreiber möchte die Anlieger beruhigen. Er wäre erst einmal zufrieden, wenn die Straße zumindest repariert wird. Alles Weitere klärt er im Hauptausschuss der Einheitsgemeinde Bismark.

Herr Schlaak stellt im Ergebnis fest, dass beide Verwaltungen miteinander sprechen sollten.

Frau Theil bestätigt dies. Der Landkreis wird mit der Einheitsgemeinde Bismark Kontakt aufnehmen. Der gepflasterte Bereich der Bahnhofstraße wird durch die KSM ausgebessert, repariert, sobald die Witterung es zulässt.

*einstimmig zugestimmt*

## **zu TOP 8 Anfragen und Hinweise**

Herr Weiß fragt sich, ob eine Gemeinde noch lebensfähig sein kann. Das Finanzausgleichsgesetz hat sich geändert. Die Zuweisungen für den Landkreis haben sich von ca. 41 Mio. EUR auf ca. 38 Mio. EUR reduziert. Die Gemeinden bekämen somit auch weniger. Die Mitgliedsgemeinde Kamern hat zum Beispiel 646.000 EUR als Zuweisung erhalten und muss aber 709.000 EUR Kreisumlage an den Landkreis zahlen.

Frau Theil kann auf dieses globale Frage so keine Antwort geben. Der Hebesatz der Kreisumlage ist prozentual niedriger als im Haushaltskonsolidierungskonzept des Jahres 2012 für das Haushaltsjahr 2013 vorgesehen. Ausschlaggebend für den Absolutbetrag der Kreisumlage ist die Steuerkraftmesszahl der Gemeinde. Der Landrat hat sich vorgenommen, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden anhand der Haushaltspläne zu bewerten. Dies ist jedoch noch nicht möglich, da bisher noch nicht alle Haushaltspläne des Jahres 2013 der Kommunalaufsicht des Landkreises zur Prüfung vorliegen.

Herr Schlaak stellt die Nichtöffentlichkeit her.

